

Inhalt

1-6 Im Blickpunkt

- Integration von Flüchtlingen
- Einigung bei Bund-Länder-Finanzbeziehungen
- Gemeindefinanzbericht des Deutschen Städtetages
- Kita-Urteil des BGH – Städtetag erwartet keine Klagewelle

7-10 Forum

- Urbane Lösungen für globale Herausforderungen: Habitat III-Konferenz der Vereinten Nationen
Von Dr. Eva Lohse
- Kommunaler Klimaschutz – neue Kommunalrichtlinie
Von Greta Link und Benjamin Kroupa

11 Aus den Städten

13 Fachinformationen

14 Personalien

16 Termine

Flüchtlinge vor Ort in die Gesellschaft integrieren – Städte brauchen Unterstützung

Die Städte widmen sich nach der Erstaufnahme von Flüchtlingen inzwischen intensiv der Integration der Menschen in die Gesellschaft. Für diese große Aufgabe haben sich nach Auffassung des Deutschen Städtetages in den vergangenen Monaten durch mehrere Entscheidungen von Bund und Ländern die Bedingungen verbessert. Die Städte mahnen jedoch auch zu Geduld und weiteren Anstrengungen. Integration kostet Zeit und braucht ausreichende Ressourcen, betonte der Deutsche Städtetag am 8. November in Berlin bei der Präsentation der Broschüre „Flüchtlinge vor Ort in die Gesellschaft integrieren – Anforderungen für Kommunen und Lösungsansätze“. Begleitend zur Broschüre, die auch Empfehlungen für die Städte enthält, hat der kommunale Spitzenverband eine Reihe von Beispielen zusammengetragen und im Internet veröffentlicht, was in Städten für Integration geleistet wird und wie die Integrationsarbeit weiterentwickelt werden kann.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, sagte: „Die Städte tragen engagiert dazu bei, dass die gesamtstaatliche Aufgabe der Integration gelingt. Sie haben bei der Integration viel Erfahrung. Deshalb wissen wir auch: Integration ist elementar für ein gedeihliches Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten in unseren Städten. Integration verläuft nicht immer problemlos. Angesichts der großen Zahl der Menschen mit Bleibeperspektive, die vor Krieg und Verfolgung zu uns geflohen sind, wird Integration kein gemütlicher Spaziergang, sondern eine lange Wanderung, die auch Kraft kostet. Aber wir haben als Städte ein Ziel vor Augen: Wir wollen eine erfolgreiche Integration. Entscheidend dafür wird die gesellschaftliche Akzeptanz sein – die Menschen müssen aufeinander zugehen, die neu zu uns Gekommenen genauso wie die Einheimischen.“ Gleichzeitig müssten auch Sorgen vor einer Überforderung der Gesellschaft ernst genommen und aufgelöst werden.

Deutschland müsse Integration als Daueraufgabe verstehen, die sich nur gemeinsam bewältigen lasse. „Bund und Länder müssen uns deshalb weiter unterstützen, wenn wir uns in den Städten um Kitas, Schulen und Wohnungen kümmern – für Einheimische und Flüchtlinge gleichermaßen“, betonte Lohse. „Es ist gut, dass sich Bund und Länder im Sommer endlich über die Finanzierung der Integration verständigt haben. Eine erhebliche Summe davon muss jetzt allerdings auch dort ankommen, wo die Integrationsarbeit vorrangig stattfindet – in den Kommunen.“

Die Städte appellierten an die Länder, ihren Kommunen zügig einen angemessenen Teil der zwei Milliarden Euro weiterzugeben, die der Bund den Ländern als Integrationspauschale jeweils in den Jahren 2016, 2017 und 2018 bereitstellt. Zudem wird auch eigenes Geld der Länder für die Integration in den Kommunen nötig sein. Lohse: „Wir brauchen zusätzliche Plätze in Kitas und Schulen, wir brauchen mehr Schulpsychologen, Dolmetscher, Sozialpädagogen. Und in Kitas fehlen vielfach noch Sprachförderprogramme.“

Ein großes Thema in den Städten ist auch die Versorgung von Einheimischen und Zugewanderten mit bezahlbarem Wohnraum. Auf entspannten Wohnungsmärkten gibt es ausreichend Wohnungen. Viele Groß- und Universitätsstädte dagegen haben Wohnungsmangel, so dass hier der Neubau deutlich verstärkt werden muss. Dazu sollten die Länder die Bundesmittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus von inzwischen 1,5 Milliarden Euro jährlich schnell einsetzen und durch eigene Mittel aufstocken, forderte Lohse. Nur eine Minderheit der Länder beteilige sich bisher hinreichend mit eigenen Mitteln an der sozialen Wohnraumförderung.

Ludwigshafen hat beispielsweise einen Gebäudetyp entwickelt, um Wohnraum für Flüchtlinge zu schaffen. Die Standorte für die einfachen, aber massiven Bauten wurden über das Stadtgebiet verteilt, um Ballungen an einzelnen Standorten zu vermeiden und die Integration zu erleichtern. Vor Baubeginn gab es für jeden Standort eine Versammlung, in der den Nachbarn das Projekt vorgestellt wurde. In vielen Städten verbessert sich, wie auch vom Städtetag in einer Empfehlung in der Integrationsbroschüre angesprochen, die Akzeptanz bei Vermietern, wenn freie Wohnungen zunächst durch die Stadt angemietet werden. So können Mietverträge mit Flüchtlingshaushalten nach einer erfolgreichen Erprobungsphase abgeschlossen werden.

Länder sollten Gesamtkonzepte für schulische Integration aufstellen

Der Deutsche Städtetag forderte die Länder auf, die schulische Integration von Flüchtlingskindern ausreichend zu fördern und die Ausbildung von jungen Zugewanderten zu erleichtern. Das machte der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, deutlich. Die Länder sollten Gesamtkonzepte für die schulische Integration von Zugewanderten aufstellen. Diese Konzepte müssten aufzeigen, mit welchem Ressourcen-

einsatz die Aufgaben Inklusion, Ganztagsausbau und Digitalisierung der Bildung parallel zu den Herausforderungen der Zuwanderung bewältigt werden können. Die Kommunen müssten dazu von den Ländern mit hinreichend Mitteln ausgestattet werden.

Wichtig für erfolgreiche Integration ist es, den anerkannten Flüchtlingen eine Zukunftsperspektive zu eröffnen. Dafür seien ausreichende Sprachkenntnisse unverzichtbar, sagte Maly: „Das Erlernen der deutschen Sprache muss so früh wie möglich beginnen, am besten schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder. Notwendig sind systematische Sprachförderangebote bis hin zu berufsbezogenen Deutschkursen. Nur so können junge Menschen erfolgreich in die Berufsausbildung einsteigen und Erwachsene einen passenden Arbeitsplatz finden. Zudem muss der Engpass bei den Integrationskursen schnellstmöglich beseitigt werden. Lange Wartezeiten für Berechtigte sind kontraproduktiv. Wir brauchen ausreichende Kapazitäten und qualifiziertes Personal. Nachdem der Bund die Lehrkräftehonorare erhöht hat, sollte er jetzt auch die Finanzmittel für die Träger der Kurse bedarfsgerecht anheben, damit sie das Kursangebot weiter ausbauen können.“

Es dürfe nicht zugelassen werden, dass Zugewanderte nur deswegen keinen berufsqualifizierenden Abschluss erwerben, weil sie nach den Schulgesetzen der Länder zu alt für den Besuch von Berufsschulen sind, betonte Maly. Genauso wenig dürften Zugewanderte in endlosen Warteschleifen von Qualifizierungsmaßnahmen landen, ohne die realistische Chance auf einen regulären Ausbildungsplatz oder Arbeitsplatz zu haben. Die Stadt Nürnberg bereitet beispielsweise zusammen mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter junge erwachsene Asylbewerber bis 25 Jahre ein Jahr lang auf das Berufsleben vor. Ebenfalls erfolgreich arbeiten Sprachintegrationsklassen an den „Beruflichen Schulen“, die in Nürnberg in kommunaler Trägerschaft stehen. Dort können neu zugewanderte Jugendliche und junge Erwachsene zwei Jahre in Vollzeit die Schule besuchen, Deutsch lernen, einen Schulabschluss erwerben und sich beruflich orientieren.

Ehrenamtliches Engagement ist unverzichtbar

Barbara Bosch, Oberbürgermeisterin in Reutlingen und Stellvertreterin der Präsidentin des Deutschen Städtetages, mahnte, Integration müsse dazu beitragen, die Bildung parallelgesellschaftlicher Strukturen zu vermeiden: „Versäumte Integration fördert Konflikte um knappe Ressourcen und gefährdet den sozialen

Frieden. Deshalb dürfen wir das Gelingen von Integration nicht dem Zufall überlassen.“ Sie lobte das vielfältige Engagement der Bürgerinnen und Bürger, die freiwillig und ehrenamtlich Integrationsarbeit leisten, ob im Sportverein, in Kultureinrichtungen oder der Politik: „Städte brauchen engagierte Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft, die soziale Verantwortung übernehmen wollen und bereit sind, ihre freie Zeit zu spenden. Damit Zugewanderte in unseren Städten heimisch werden, haben viele Städte Integrationskonzepte entwickelt und dabei zum Beispiel Wohlfahrtsverbände einbezogen. Ehrenamtliche Unterstützung hilft, diese Konzepte in die Praxis umzusetzen.“

Seit 2007 wendet sich beispielsweise die „Ehrenamtsakademie Reutlingen“ an alle freiwillig Engagierten mit dem Angebot, sich weiterzubilden und sich zu qualifizieren. Das Angebot wurde im vergangenen Jahr um einen Schwerpunkt „Ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit“ erweitert.

Offene, tolerante und vielfältige Städte – kein Platz für Fremdenfeindlichkeit

Kulturelle Vielfalt und sprachlicher Reichtum seien prägend für die europäische Stadt, betonte Jochen Partsch, Oberbürgermeister von Darmstadt: „Das Potenzial der Zugewanderten bringt Impulse für die

soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Stadtgesellschaft. Gerade in den Städten kann es gelingen, durch persönliche Begegnungen im Alltag, das Miteinander in Vereinen, Sport und Schulen Sorgen zu zerstreuen und aufkeimenden Ängsten zu begegnen. Wir müssen mit Konflikten umgehen und dazu beitragen, dass die Vielfalt von Kulturen und Traditionen gelebt werden kann. Und es gibt klare Grenzen. Fremdenfeindlichkeit und Extremismus haben keinen Platz in unseren Städten. Dagegen müssen wir sowohl aktiv angehen als auch präventiv arbeiten.“

Wir brauchen offene, tolerante und vielfältige Städte, in denen Nationalität, Volks- und Religionszugehörigkeit, Herkunft, Weltanschauung und sonstige Orientierungen nicht trennen, betonte Partsch. Ziel der Kampagne „Darmstadt bleibt weltoffen“ ist es beispielsweise, Akzeptanz und Verständnis gegenüber Menschen anderer Herkunft oder Religionen zu fördern sowie das Engagement der Stadt und der Bürgerschaft in den Bereichen Migration und Integration unter einem Dach zu vereinen. Gemeinsam arbeiten Darmstädter Vereine, Einrichtungen und Unternehmen an der Möglichkeit, dass die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger ihre eigene Zukunft selbst gestalten können. Durch vermehrte Information und direkten Dialog wird das Thema mitten in die Gesellschaft getragen.



Integrationsbroschüre erschienen – praktische Beispiele aus den Städten im Internetangebot

Die Broschüre „Flüchtlinge vor Ort in die Gesellschaft integrieren – Anforderungen für Kommunen und Lösungsansätze“ ist in der Reihe Beiträge des Deutschen Städtetages zur Stadtpolitik, Band 109, erschienen und kann kostenfrei abgerufen werden unter www.staedtetag.de.

Im Internetangebot finden sich zudem praktische Beispiele zur Integration aus vielen Städten. Sie sind sowohl alphabetisch nach Städtenamen auffindbar als auch thematisch in folgende Kategorien eingeordnet: Spracherwerb und Bildung; Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung; Wohnraumversorgung; besondere Situation unbegleiteter Minderjähriger; gesellschaftliche Integration, ehrenamtliches Engagement; Kommunikation. Alle Beispiele finden Sie unter www.staedtetag.de.

Einigung zu Finanzbeziehungen von Bund und Ländern ist wichtiger Schritt – Länder sollten Kommunen nun finanziell besser ausstatten

Der Deutsche Städtetag begrüßt, dass sich Bund und Länder über den künftigen Länderfinanzausgleich und weitere Aspekte der föderalen Finanzbeziehungen geeinigt haben. Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigs-hafen, sagte dazu Mitte Oktober: „Die Verabredungen zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen helfen den Ländern und damit indirekt auch den Städten, Haushalte über das Jahr 2019 hinaus mit mehr Sicherheit planen zu können. Die Länder werden in Zukunft mit zusätzlichen Finanzmitteln durch den Bund in die Lage versetzt, ihre Aufgaben besser zu erfüllen. Dazu gehört unbedingt, die Kommunen finanziell angemessen auszustatten. Das werden die Städte in den Ländern einfordern.“ Denn die Länder seien verfassungsrechtlich verpflichtet, eine angemessene Finanzausstattung ihrer Kommunen zu sichern. Dies diene letztlich dazu, dass die Kommunen ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger gut wahrnehmen können.

Die Städtetagspräsidentin sagte weiter: „Die angekündigte Förderung von Investitionen in Schulen in finanzschwachen Kommunen ist sehr wichtig und hilfreich. Wir freuen uns, dass der Bund dafür seine Investitionsmittel für finanzschwache Kommunen auf 7 Milliarden Euro verdoppelt.“ Positiv bewerten die Städte auch, dass die Einigung von Bund und Ländern Mittel des Bundes für die Gemeindeverkehrsfinanzierung ab dem Jahr 2020 enthält, die den Ländern durch einen höheren Umsatzsteueranteil zur Verfügung gestellt werden. „Es wird darauf ankommen, dass die Länder diese Mittel zweckgebunden für den kommunalen Verkehrsbereich einsetzen und die Höhe ihrer eigenen

zusätzlichen Mittel am Bedarf ausrichten“, so Lohse. Die Einigung jetzt sei überfällig, weil sich wegen der Unsicherheit über die Finanzierung bereits Planungen und Investitionen bei kommunalen Verkehrsprojekten im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs und des Straßenbaus verzögert haben.

Der Städtetag erinnerte an die wachsenden Unterschiede zwischen finanzschwachen und finanzstarken Städten und Regionen. Bund und Länder müssten weiterhin an Lösungen arbeiten, welche die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland sichern. Nach dem Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2019 gelte es, eine gesonderte Förderung strukturschwacher Städte und ihrer Regionen zu etablieren, so Lohse: „Wir wollen Entwicklungschancen für alle Städte in Deutschland. Wir teilen uneingeschränkt die Auffassung von Bund und Ländern, dass die Zukunftschancen der Kinder in unserem Land nicht davon abhängen dürfen, in welcher Kommune oder Region sie aufwachsen. Deshalb sind die geplanten Investitionsmittel für Schulen eine sehr gute Maßnahme.“

Im Anschluss an eine möglichst erfolgreiche Schullaufbahn, so Lohse weiter, müssten die jungen Erwachsenen vor Ort Arbeitsplätze finden können. Hierzu sei es notwendig, den Regionen mit Strukturproblemen die Chance zu bieten, an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung teilzuhaben. Die derzeitige Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur solle deshalb den Ausgangspunkt für ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen bilden.

„Städtetag aktuell“ per E-Mail

Die Publikation „Städtetag aktuell“ kann als PDF-Datei per E-Mail bezogen werden. Interessenten können sich im Internetangebot des Deutschen Städtetages unter www.staedtetag.de in der Rubrik „Publikationen“ registrieren. Alternativ können Sie das Heft auch anfordern unter presse-info@staedtetag.de.

Gemeindefinanzbericht 2016: Handlungsfähigkeit aller Städte sichern – Appell zum Gesetz über die Entlastung der Kommunen

Der Deutsche Städtetag appelliert eindringlich an die Koalitionsfraktionen, im laufenden Gesetzgebungsverfahren zur Entlastung der Kommunen den vorgeschlagenen Entlastungsweg noch einmal zu überdenken. Dann könne finanziell besonders belasteten strukturschwachen Städten besser geholfen werden, sagte der Hauptgeschäftsführer des kommunalen Spitzenverbandes, Helmut Dedy, anlässlich der Veröffentlichung des Gemeindefinanzberichts 2016 des Deutschen Städtetages Mitte Oktober. Außerdem sollten Bund und Länder ein umfassendes gesamtdeutsches Regionalfördersystem schaffen, mit dessen Hilfe strukturschwachen Regionen etwa im Ruhrgebiet oder in Ostdeutschland wieder Anschluss an die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht wird.

„Die Städte sehen den ungebremsten Anstieg der kommunalen Sozialausgaben mit Sorge. Im Jahr 2016 steigen diese Ausgaben nicht nur wegen des Flüchtlingszuzugs im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich um fast 10 Prozent auf 59 Milliarden Euro. Die Städte begrüßen daher, dass der Bund die Kommunen ab dem Jahr 2018 um 5 Milliarden Euro entlasten will. Um die wachsenden Unterschiede zwischen wirtschaftsstarken und finanzschwachen Kommunen zu verringern, müssen allerdings besonders die hohen Belastungen der strukturschwachen Kommunen durch Sozialausgaben verringert werden. Das wird mit dem aktuell vorgeschlagenen Entlastungsweg nicht hinreichend erfüllt, weil die Regierung zu sehr auf einen höheren Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer setzt. Zielgerichteter wäre es, wenn der Bund seine Beteiligung an den Unterkunftskosten für Hartz-IV-Empfänger so stark anhebt, dass die Entlastung der Kommunen vollständig über diesen Weg erfolgt“, sagte Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy.

Der Deutsche Städtetag unterstützt Pläne des Bundes und der Länder für ein neues, umfassendes gesamtdeutsches Regionalfördersystem. Ein solches werde nach dem Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2019 dringend benötigt. Einen guten Ausgangspunkt dafür sehen die Städte im gezielten Ausbau der so genannten „Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur“. Dedy: „Welche Zukunftschancen Menschen haben, darf nicht davon abhängen, in welchem Teil unseres Landes sie wohnen. Deshalb brauchen wir ein

gesamtdeutsches Regionalfördersystem, das Entwicklungschancen für alle Städte bietet und das Wachstum in strukturschwachen Regionen stärkt. Allerdings müssen dafür die jährlich 320 Millionen Euro deutlich aufgestockt werden, die derzeit im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur für Infrastruktur zur Verfügung stehen.“ Zu den größten Herausforderungen der Kommunen zählt weiterhin die Flüchtlingsintegration. Der heute veröffentlichte Gemeindefinanzbericht 2016 des Deutschen Städtetages trägt daher den Titel „Integration fair finanzieren – gute Ansätze weiterverfolgen“. Die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages, Verena Göppert, erklärte dazu: „Lange haben die Städte dafür gekämpft, dass sie von Bund und Ländern als politisch gleichwertige Partner wahrgenommen werden. Im Zusammenspiel zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind bei den Finanzierungsfragen zur Flüchtlingsintegration nun Zeichen einer neuen Qualität im Umgang miteinander zu erkennen. Mit erheblichem finanziellen Einsatz versucht der Bund, im Bereich der Flüchtlinge eine fiskalische Überforderung der Kommunen zu vermeiden. Dass in den Folgeeregulungen für die Integrationsfinanzierung zwischen Ländern und Kommunen noch viele Fragen offen oder auch strittig sind, steht dieser Einschätzung nicht entgegen.“

Allerdings sei nicht überall ein neuer partnerschaftlicher Umgang zu spüren, so Göppert. Als Beispiel dafür nannte sie das Bundesteilhabegesetz und die dabei drohende finanzielle Belastung kommunaler Haushalte: „Die Städte befürworten ein eigenes Leistungsrecht für Menschen mit Behinderung, das gleichberechtigte Teilhabe im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention sicherstellt und dem Grundsatz der Inklusion Rechnung trägt. Aber es darf nicht sein, dass im Bereich des Flüchtlingszuzugs der hohe Unterstützungsbedarf der Kommunen anerkannt wird, während gleichzeitig an anderer Stelle neue Grundlagen für eine Überforderung kommunaler Haushalte gelegt werden.“ Im Gesetzgebungsverfahren müsse durch den Bund ein Ausgleich für die zusätzlichen Ausgaben der Kommunen sichergestellt werden.

Weitere Informationen zum Gemeindefinanzbericht 2016 des Deutschen Städtetages finden Sie im Internet unter www.staedtetag.de.

Gemeindefinanzbericht des Deutschen Städtetages 2016 erschienen

Schwerpunkte des Gemeindefinanzberichts 2016 des Deutschen Städtetages und der gleichzeitig erscheinenden Kurzfassung „Schlaglichter aus dem Gemeindefinanzbericht 2016“ sind die Entlastung der Kommunen, finanzrelevante Aspekte des Flüchtlingszuzugs sowie die Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen. Eingegangen wird auch auf die Reform der Grundsteuer, die Rechtsprechung zur Konnexität oder das kommunale Zinsmanagement in Zeiten negativer Zinsen. Hinzu kommen im Gemeindefinanzbericht eine Vielzahl von Daten, Zahlen und Analysen zur aktuellen Finanzlage der Kommunen und zu ihrer voraussichtlichen Entwicklung in den kommenden Jahren. Im Gemeindefinanzbericht sind außerdem die politischen Verhandlungen und Entscheidungen zur Fortentwicklung der jeweiligen kommunalen Finanzausgleichssysteme in den einzelnen Bundesländern nachgezeichnet.

Weitere Informationen zum Gemeindefinanzbericht 2016 des Deutschen Städtetages unter www.staedtetag.de.



Kita-Urteil des Bundesgerichtshofes: Deutscher Städtetag erwartet keine Klagewelle

Anlässlich des Urteils des Bundesgerichtshofes (BGH) zu Elternklagen wegen Kitaplätzen sagte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, am 20. Oktober:

„Die Städte haben die Kinderbetreuung in den vergangenen Jahren enorm ausgebaut. Die Zahl der Kinder unter drei Jahren, die betreut werden, hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt – auf rund 720.000. Die Städte schaffen immer noch zusätzliche Angebote, weil der Bedarf an Betreuungsplätzen weiter steigt, besonders in Groß- und Universitätsstädten.“

In aller Regel können die Städte Elternwünsche nach Betreuung ihrer Kinder erfüllen. Wo die Nachfrage sehr

hoch ist, konnten Städte noch nicht überall wohnortnahe Plätze anbieten. Ziel bleibt es aber auch hier, allen Eltern, die danach suchen, gute Angebote für ihre Kinder zu machen.

Klagen sind wegen der Anstrengungen der Städte relativ selten, und wir erwarten nach diesem Urteil auch keine Klagewelle. Im konkreten Fall muss noch das Oberlandesgericht Dresden entscheiden, ob es ein Verschulden der Stadt Leipzig gibt.

Dennoch bleibt es dabei: Bund und Länder müssen sich auch beim weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung finanziell engagieren, weil die Nachfrage weiter steigt und die Städte ihr gerecht werden wollen.“

Urbane Lösungen für globale Herausforderungen: Der Beitrag der deutschen Städte zur Habitat III-Konferenz der Vereinten Nationen

Von Dr. Eva Lohse

Die Staatengemeinschaft hat sich auf eine neue Städteagenda „New Urban Agenda“ geeinigt. Das ist das Abschlussdokument des 3. Weltgipfels der Vereinten Nationen zum Wohnungswesen und nachhaltiger Stadtentwicklung, kurz HABITAT III, der vom 17. bis 20. Oktober 2016 in Quito, Ecuador, tagte. Der Weltgipfel findet nur alle 20 Jahre statt. Die wichtigsten Politikziele der Agenda sind: Die Handlungsfähigkeit von Städten voranzubringen, die Klimaziele des Pariser Abkommens aus dem Jahr 2015 umzusetzen, Umwelt und natürliche Ressourcen für alle Menschen zu erhalten und öffentliche Räume zu sichern.

Starke Städte sind Motoren für nachhaltige Entwicklung

Nach den Leitlinien der Leipzig-Charta, die von der Bundesregierung in die Verhandlungen zur Neuen Urbanen Agenda eingebracht wurden, empfiehlt die Agenda eine kompakte Stadt. Wohnen, Arbeiten und Freizeit sollen in den Städten miteinander stärker verwoben werden. Eine weitere gemeinsame Vision ist ein partizipativer, ganzheitlicher und menschenorientierter Ansatz der nachhaltigen Stadtentwicklung. Dafür sollen alle Ebenen des Staates gut zusammenarbeiten. Insbesondere die lokale Ebene mit starken, selbstverwalteten Kommunen ist für das Erreichen der Ziele der Neuen Urbanen Agenda von zentraler Bedeutung. Wichtig wäre dafür allerdings, die Selbstverwaltung der Kommunen weltweit stärker auszubauen und die Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten der Kommunen innerhalb der Staaten zu stärken. Die Lösung vieler wichtiger globaler Probleme mangelt oft daran, dass die Kommunen in vielen Teilen der Welt nach wie vor eher die Durchführungsorganisationen des Staates sind als selbstverwaltete Ebenen.

Starke Städte sind die besten Motoren für die Aufgaben der Neuen Urbanen Agenda. Mit einer angemessenen Finanzausstattung und mit einer funktionierenden kommunalen Selbstverwaltung können Städte viele wichtige globale Prozesse maßgeblich voranbringen, und so zu einer gerechteren Zukunft für alle Menschen beitragen. Dazu zählen beispielsweise die Armutsbekämpfung, die Integration von Flüchtlingen aus Bürgerkriegsgebieten oder auch die CO₂-Reduzierung

und der weltweite Klimaschutz durch eine nachhaltige Stadtentwicklungs-, Umwelt- und Verkehrspolitik.

Vor dem Hintergrund der weltweiten Flüchtlingsströme und des andauernden Krieges in Syrien gehört nach meiner Auffassung zur Diskussion über eine urbane Agenda und die Rolle der Städte, auch die Grundvoraussetzung für eine gerechte Entwicklung für alle Menschen einzufordern: das sind Frieden und die Achtung der Menschenrechte. Je länger der Krieg in Syrien dauert, desto schwieriger wird es, jemals wieder an die reiche Geschichte von Weltkulturerbe-Städten wie Aleppo anzuknüpfen, das seit vielen Jahren auch für das Zusammenleben einer Vielzahl von Ethnien und Religionen stand.

Insgesamt waren 35.000 Teilnehmende aus 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen nach Quito gereist, darunter etwa 130 deutsche Delegierte aus Ministerien, Parlamenten, Behörden und Kommunen. Die kommunale Seite wurde vertreten durch den Regierenden Bürgermeister Michael Müller aus Berlin, Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz aus Mannheim, Oberbürgermeister Ashok Sridharan aus Bonn, Oberbürgermeister Werner Spec aus Ludwigsburg, Bürgermeister Andreas Wolter aus Köln sowie durch meine Person.

Neue Urbane Agenda wurde partizipativ beraten

Die Neue Urbane Agenda ist in einem groß angelegten partizipativen Prozess entstanden. In die Agenda sind zahlreiche Erkenntnisse aus regionalen und thematischen Treffen eingeflossen. Die Agenda bündelt Expertenwissen und praktische Erfahrungen aus Städten und Gemeinden. Der Deutsche Städtetag hatte zusammen mit der Internationalen Vereinigung für Öffentlichen Verkehr die Federführung für eine der zehn Expertengruppen zum Thema: urbane Dienstleistungen und Technologien. Zusammen mit Vertretern aus fünf Kontinenten konnte der Deutsche Städtetag an zentralen Bausteinen für den Themenbereich Daseinsvorsorge, Mobilität und Technologien (Smart Cities) mitwirken und die Ergebnisse einem internationalen Publikum in Quito präsentieren.

Die Schlüsselbotschaften sind:

- Zugang für Alle: Städte sind in der Verantwortung, allen Zugang zu angemessener, nachhaltiger und resilienter urbaner Infrastruktur zu gewähren.
- Effizienter Nutzen: Die effiziente und effektive Nutzung städtischer Dienstleistungen erfordert kommunale und nationale Maßnahmen, um den Verbrauch endlicher Ressourcen zu mindern und in nachhaltige Alternativen zu wandeln.
- Lokale Federführung: Kommunen haben die Verantwortung und Federführung für inklusiven Wohlstand und Nachhaltigkeit in den Städten.
- Nationale Strategien und finanzielle Unterstützung: Nationalregierungen müssen Kommunen in die Lage versetzen, ihre Bevölkerung mit adäquaten Dienstleistungen zu versorgen.

Gleichberechtigter Zugang zu elementaren Dienstleistungen

Eine zentrale Botschaft der Neuen Urbanen Agenda ist, die Städte leistungsfähiger, nachhaltiger, ressourcenschonender, klimafreundlicher und umweltgerechter zu gestalten. Dieses Ziel unterstützt der Deutsche Städtetag ausdrücklich. Dahinter steht das Ziel, dass alle Menschen einen gleichberechtigten Zugang bekommen sollen zu den elementarsten Leistungen der Daseinsvorsorge. Bisher ist die Wirklichkeit noch sehr weit entfernt von der Idealvorstellung einer „Stadt für Alle“, die den Menschen in aller Welt ein würdiges Leben erlaubt. Viele Probleme können sich durch die Urbanisierung und den drohenden Klimawandel eher verschärfen als ausgleichen. Die Metropolen und insbesondere die mittelgroßen Städte werden weiter wachsen und damit auch der Bedarf an städtischer Daseinsvorsorge. Die Zahl der „Mega Cities“ mit mehr als 10 Millionen Einwohnern wird weltweit von heute 28 auf 40 Städte bereits im Jahr 2030 steigen. Im Jahr 2050 werden 4 von 5 Menschen in Städten oder größeren Gemeinden leben.

Es sind die Städte, die für die örtliche Daseinsvorsorge und die örtlichen Dienstleistungen für die wachsende Bevölkerung in der Welt verantwortlich sind. Dies erfordert finanziell gut ausgestattete und funktionierende Kommunen, sie unterstützende Institutionen und eine funktionierende Infrastruktur, die auf eine Minimierung des Einsatzes natürlicher und endlicher Ressourcen ausgelegt ist. Oft haben genau die Städte die größten Probleme, die unter Ressourcen- und Kapazitätsbeschränkungen leiden. Das betrifft vor allem Städte in

Entwicklungsländern, die bedeutende Infrastrukturinvestments benötigen, um ihre Bevölkerung mit dem Nötigsten versorgen zu können. Mindestens 750 Millionen Menschen weltweit haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Davon leben 150 Millionen Menschen in Städten. 1,1 Milliarden Menschen weltweit haben keinen Zugang zu Elektrizität. Dies betrifft insbesondere die Stadtbewohner in den Niedrigeinkommensländern, von denen etwa jeder Dritte keinen Zugang zu Elektrizität hat. 2,5 Milliarden Menschen weltweit haben keinen Zugang zu angemessener sanitärer Versorgung. Es zeichnet sich ein enormer Investitionsbedarf in allen Bereichen der Daseinsvorsorge insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern ab.

Aber kann man die Ungleichheiten in der Welt auf einen Nenner bringen? Die Neue Urbane Agenda kann die unterschiedlichen Standards der Welt nicht ausgleichen, aber wir sind gefordert, Mindeststandards für alle Menschen festzulegen. Die Parameter liegen weit auseinander: In den USA liegt der Wohnflächenverbrauch bei über 70 Quadratmeter pro Kopf, in Deutschland knapp unter 50, in Indien liegt die Wohnfläche bei circa 10, in Nigeria gar bei nur 5 Quadratmetern. Und dennoch geht es darum, für die Neue Urbane Agenda zumindest gemeinsame qualitative Nenner zu finden, zum Beispiel das Recht auf Wohnen nicht nur einzufordern, sondern auch an bestimmten Kriterien festzumachen. Wir müssen beispielsweise darauf hinwirken, gute Wohnungen für geringere Baukosten mit geringerem Flächenverbrauch, deutlich abnehmendem ökologischen Fußabdruck und zusehends geringerem Energiebedarf bis hin zu Plus-Energie-Häusern zu bauen, die in der Jahresbilanz Energieüberschüsse aufweisen. Das muss auch ein Ergebnis guter Stadtplanung, innovativer Architektur und gezielt eingesetzter Fördermittel und Investitionshilfen sein. Ich will auch nicht verhehlen, dass wir dafür zum Teil auch umdenken müssen. Wir sind noch weit davon entfernt, dass Suffizienz (sufficiency) – also intelligenter Verzicht – in Deutschland und international im Bereich des Wohnens und auch der Automobilität zum Mainstream wird.

Ein Großteil der CO₂-Emissionen wird in Städten der Industriestaaten verursacht. Zu Recht erwarten Städte der südlichen Hemisphäre daher eine Unterstützung bei Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen. Die „Transformative Urban Mobility Initiative“, die in Quito präsentiert wurde, ist eine Initiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Sie unterstützt den Klimaschutz in Entwicklungs- und Schwellenländern. Ziel ist es, gemein-

sam mit Entwicklungsbanken, finanzielle Ressourcen zu mobilisieren, um insgesamt 1000 Entscheidungsträger und Stadtplaner in die Lage zu versetzen, nachhaltige Mobilitätskonzepte in ihren Ländern umzusetzen. Deutsche Städte haben die Möglichkeit, ihr Fachwissen in die internationale Zusammenarbeit einzubringen. Ein internationaler Fachaustausch für deutsche Städte wird über die internationale Städteplattform „Connective Cities“ organisiert, eine Initiative vom Deutschen Städtetag und der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit und Engagement Global gGmbH. „Connective Cities“ initiiert weltweite Lernprozesse in den Handlungsfeldern „Gute städtische Regierungsführung“, „Integrierte Stadtentwicklung“ und „Lokale Wirtschaftsentwicklung“.

Einflussmöglichkeiten der Kommunen stärken

Wichtig sind auch die Rahmenbedingungen für die Kommunen in aller Welt: Wir haben direkt und über unsere Dachorganisation „United Cities and Local Governments“ in den Vorverhandlungen zur Neuen

Urbanen Agenda dafür geworben, dass Kommunen nicht nur eine koordinierende Rolle, sondern die Führungsrolle beim Bereitstellen von Leistungen der Daseinsvorsorge zugeschrieben wird. Habitat III ist eine Veranstaltung der Vereinten Nationen mit seinen 193 Mitgliedsstaaten. Die direkten Einflussmöglichkeiten der Kommunen sind begrenzt, weil sie keinen Sitz in den Steuerungsgremien haben. Deswegen hatte das Präsidium des Deutschen Städtetages auch gefordert, die Rolle der Kommunen im Rahmen von Habitat III durch bessere Steuerungsmöglichkeiten auf allen Entscheidungsebenen zu stärken. Eine aktivere Beteiligung der kommunalen Ebene an wegweisenden Entscheidungen halten wir dringend für erforderlich. Denn schließlich steht die Entwicklung von Städten auf dem Spiel und diese wollen Kommunen aus aller Welt sich nicht zentral diktieren lassen, sondern selber steuern.

Dr. Eva Lohse
Präsidentin des Deutschen Städtetages und
Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen

Europa NEWS des Deutschen Städtetages neu gestaltet

Europapolitik ist auch Kommunalpolitik. Mehr als zwei Drittel aller EU-Regelungen fallen direkt oder indirekt in die Zuständigkeitsbereiche der Kommunen. Die Städte in Europa gestalten die Europäische Union daher mit und möchten – umgekehrt – auch ihren Interessen auf europäischer Ebene Geltung verleihen. Dies setzt voraus, dass Städte frühzeitig über kommunalrelevante Entscheidungen und Entwicklungen auf EU-Ebene informiert werden.

Mit den „Europa NEWS“ informiert der Deutsche Städtetag regelmäßig die unmittelbaren Mitgliedsstädte des Verbandes über aus kommunalpolitischer Perspektive interessante Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union sowie dem Ausschuss der Regionen. Zudem wird in jeder Ausgabe ein Überblick über laufende Konsultationen gegeben. Europa NEWS Nr. 9 des Jahres 2016 ist nun neu gestaltet erschienen. Das Heft steht zum Download bereit im Mitgliederservice Extranet im Bereich Europa unter <http://extranet.staedtetag.de>.

Klimaschutz in Kommunen: Die erweiterte Kommunalrichtlinie eröffnet neue Fördermöglichkeiten

Von Greta Link und Benjamin Kroupa

Die Klimaziele der Bundesregierung sind ehrgeizig: Bis zum Jahr 2020 sollen die nationalen Treibhausgasemissionen um 40 Prozent gegenüber dem Vergleichsjahr 1990 reduziert werden, bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent. Die „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative“ (Kommunalrichtlinie) ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Seit 2008 wurden rund 3.300 Kommunen in rund 9.300 Projekten dabei unterstützt, ihre Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) zu reduzieren. Seit dem 1. Juli 2016 bietet die Erweiterung der Kommunalrichtlinie nun noch mehr Handlungsmöglichkeiten und schafft zusätzliche Anreize für Kommunen und lokale Akteure, sich für den Klimaschutz einzusetzen. Ein Engagement, das sich mehrfach lohnt: Klimaschutzinvestitionen helfen nicht nur dem Klima, sondern entlasten auch dauerhaft den (kommunalen) Haushalt und tragen zur Wertschöpfung vor Ort bei. Finanzschwache Kommunen erhalten eine erhöhte Förderung für ihre Investitionen.

Energieverbrauch senken

Kühlung und Stromversorgung verbrauchen rund die Hälfte des Energieverbrauchs eines Rechenzentrums. Verschiedene Maßnahmen zur Erhöhung der Energie- und Ressourceneffizienz von Rechenzentren werden jetzt vom Bundesumweltministerium gefördert. Einen Zuschuss von bis zu 40 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben erhalten Antragsteller beispielsweise für die Einführung der Nutzung freier Kühlung, einer Wärmestromführung, der Abwärme-Nutzung oder einer Bedarfssteuerung. Auch der Ersatz einzelner oder mehrerer Hardwarekomponenten wie Server, Kälteanlagen, Kühlsysteme und effiziente Netzteile, die die Anforderungen des Umweltzeichens Blauer Engel einhalten, ist förderfähig. Kindertagesstätten, Schulen sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe erhalten eine erhöhte Förderquote von bis zu 50 Prozent.

Elektrogeräte wie Kühlschränke, Waschmaschinen oder Gefriergeräte, sogenannte weiße Ware, verbrauchen je nach Effizienzklasse sehr viel Energie. Zum 1. Juli hat das Bundesumweltministerium daher einen neuen Förderschwerpunkt eingeführt: Werden in Schul- und Lehrküchen sowie in Kitas Elektrogeräte, die

älter als zehn Jahre sind, gegen Geräte der höchsten Energieeffizienzklasse (derzeit A+++) gemäß EU-Label ausgetauscht, übernimmt der Bund bis zu 40 Prozent der zuwendungsfähigen Investitionskosten. Ebenfalls bezuschusst wird der Austausch von Elektroherden und Konvektomaten (Heißluftdämpfern). Die fachgerechte Entsorgung des Altgeräts ist nachzuweisen.

Neue Fördermöglichkeiten für Sportvereine und kommunale Unternehmen

Mit der Erweiterung der Kommunalrichtlinie können Sportvereine mit Gemeinnützigkeitsstatus erstmals einen Zuschuss für die Umsetzung investiver Klimaschutzmaßnahmen beantragen. Attraktive Förderquoten erhalten sie beispielsweise für den Austausch ineffizienter Lüftungsanlagen (bis zu 35 Prozent) oder die Umrüstung auf LED bei der Innen- und Hallenbeleuchtung (bis zu 40 Prozent) und der Außenbeleuchtung (bis zu 30 Prozent). Weitere investive Maßnahmen wie der Austausch alter Umwälzpumpen durch Hocheffizienzpumpen oder der Einbau einer Gebäudeleittechnik werden mit einem Zuschuss gefördert. Auch für mehrheitlich kommunale Unternehmen hat sich die Förderung verbessert. Sie sind mittlerweile für den Großteil aller Förderschwerpunkte antragsberechtigt. Dazu gehören neben der Erstellung und Umsetzung verschiedener Klimaschutzteilkonzepte auch alle investiven Maßnahmen der Kommunalrichtlinie.

Bewährtes bleibt bestehen

Gleichzeitig bleiben bewährte Förderschwerpunkte – von der Einstiegsberatung über die Erstellung von Klimaschutzkonzepten bis hin zu investiven Maßnahmen – weiterhin bestehen. Weiterhin gelten besonders attraktive Förderquoten für finanzschwache Kommunen, beispielsweise von bis zu 90 Prozent für die Erstellung oder Umsetzung von Klimaschutzkonzepten. Das „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz“ (SK:KK) beim Deutschen Institut für Urbanistik ist Ansprechpartner in Fragen des kommunalen Klimaschutzes und berät zu Fördermöglichkeiten. Mehr unter www.klimaschutz.de/kommunalrichtlinie.

Greta Link und Benjamin Kroupa
SK:KK, Deutsches Institut für Urbanistik

Tübingen, Siegen: ausgezeichnet für vorbildhafte Nutzung von Recyclingpapier

Die Stadt Siegen und die Universität Tübingen wurden als „Recyclingpapierfreundlichste Stadt/Hochschule 2016“ für die ausschließliche Verwendung von Papier mit dem Blauen Engel ausgezeichnet. Die Stadt Düsseldorf wurde mit der höchsten Steigerungsrate als „Aufsteiger des Jahres“ geehrt. Weitere Auszeichnungen gingen an die Städte Essen, Bonn, Freiburg, Halle (Saale), Erlangen und Gütersloh, die ihre Leistungen der Vorjahre als „Mehrfachsieger“ bestätigten. Der Papieratlas wird bereits im neunten Jahr von der Initiative Pro Recyclingpapier in Kooperation mit dem Bundesumweltministerium, dem Umweltbundesamt, dem Deutschen Städtetag sowie dem Deutschen Städte- und Gemeindebund durchgeführt. Am diesjährigen Städtewettbewerb beteiligten sich 91 Kommunen, die mit einer durchschnittlichen Recyclingpapierquote von 85,01 Prozent einen neuen Rekord aufstellen. Erstmals wurde der Papieratlas in Kooperation mit dem Deutschen Hochschulverband auf den Hochschulsektor mit einem eigenen Wettbewerb ausgeweitet. Weitere Informationen finden Sie unter <http://papieratlas.de>.

Essen: Elektrorad-Rikschas fahren künftig alte Menschen durch die Stadt

„Radeln ohne Alter“ heißt das generationenübergreifende Mobilitätsprojekt in Essen, das im Rahmen der Grünen Hauptstadt Europas 2017 realisiert wird. Bis zu acht Langzeitarbeitslose kutschieren künftig alte Menschen auf vier elektrischen Fahrrad-Rikschas durch die Stadt. Das Projekt ist zudem der Grundstein für den Aufbau einer E-Bike-Station direkt an der Rheinischen-Bahn-Trasse in Essen-Altendorf. Im Frühjahr 2017 entsteht dort eine Verleih-, Service- und Lade- und Informationsstelle.

Das Modell „Radeln ohne Alter“ wurde 2013 in Kopenhagen entwickelt und etablierte sich inzwischen in 111 Gemeinden in Dänemark sowie in Norwegen, Schweden und Finnland. In Deutschland existiert das Projekt bisher in Berlin. Anders als in den anderen Städten wird es in Essen nicht mit ehrenamtlichen Fahrern durchgeführt, sondern mit einer arbeitsmarktpolitischen Förderung verknüpft. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.klimawerkstadtessen.de.

Minden: Stadt ist „Reformationsstadt Europas“

Die Stadt Minden darf den geschützten Titel „Reformationsstadt Europas“ tragen. In Minden wurde 1530 – gleichzeitig mit der Kirchenordnung – auch eine Schulordnung vom Prediger Nikolaus Krage erlassen, die Bildung unabhängig vom jeweiligen Stand ermöglichte. Noch im gleichen Jahr wurde das jetzige Ratsgymnasium ins Leben gerufen. Mit der in Minden erlassenen Kirchen- und Schulordnung wurde reformatorisches Gedankengut Grundlage der Aufklärung in späteren Jahrhunderten. Die Reformation trug maßgeblich dazu bei, Bürger zum Lesen und Schreiben zu führen, die deutsche Sprache zu etablieren und den Buchdruck zu fördern.

Der Titel „Reformationsstadt Europas“ steht auch in Zusammenhang mit dem Projekt „Europäischer Stationenweg“ zum 500-jährigen Reformationsjubiläum 2017. Herausragend für die Vergabe des Titels an Minden sei aber die bewegte Reformationsgeschichte der Stadt gewesen. Der „Europäische Stationenweg“ startete Anfang November in Genf und endet am 20. Mai 2017 in Wittenberg.

Vom 25. bis 27. November macht das Stationenmobil Halt auf dem Martinikirchhof in Minden. Weitere Informationen unter www.minden.de.

Dortmund: Preisträger-App soll helfen bei Online-Services der Stadtverwaltung

Zwei junge Entwickler aus Dortmund haben den digitalen Ideenwettbewerb NRW-Hackathon gewonnen. Ihre App „Kumpel Krefeld“ soll es Bürgerinnen und Bürgern erleichtern, Anträge bei der Stadtverwaltung, zum Beispiel in Krefeld, zu stellen: Der Dialog mit „Kumpel Krefeld“ läuft über einen Messenger. Egal ob es um Elterngeld, den Kitaplatz oder die Anerkennung im Ausland erworbener Zeugnisse geht: „Kumpel Krefeld“ soll durch die Online-Services der Kommune navigieren und passende Antragsformulare suchen, ausfüllen und sogar persönliche Termine machen.

Derzeit noch ein Prototyp, könnte die ausgereifte App über die Stadtgrenzen hinaus Anwender interessieren. Weitere Informationen unter www.open.nrw und [#NRWHackathon](https://twitter.com/NRWHackathon).

Sie können alles von uns haben.

Außer durchschnittliche Leistungen.

Personalmanagement? E-Recruiting? Hoheitliche Aufgaben? Können wir alles!

Wen auch immer Sie brauchen: Vivento findet die richtigen Mitarbeiter für Sie. Bundesweit, mit den passenden Qualifikationen, schnell und zuverlässig. Als Marktführer und Spezialist für den öffentlichen Dienst und mit langjähriger Erfahrung im Personalumbau unterstützen wir Sie nachhaltig. Begeisterung, Einsatzfreude und Know-how inklusive.
www.vivento.de



vivento
Weil Erfahrung zählt.

„Integrationspreis 2017 – Zusammenleben mit neuen Nachbarn“ ausgeschrieben

Der Wettbewerb zum Integrationspreis 2017 möchte besondere Leistungen bei der Integration von Zuwanderern in Nachbarschaften und Wohnquartieren würdigen. Ausrichter sind die AWO, der Deutsche Städtetag, der Deutsche Mieterbund, GdW – Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen sowie vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung. Der Wettbewerb richtet sich an Projekte, die das Thema „Wohnquartier und Nachbarschaft“ mit dem Thema „Zuwanderung“ verbinden. Bewerben können sich Bürger- und Bewohnergruppen wie Gewerbetreibende, Schulklassen, Organisatoren von Begegnungsstätten, aber auch Kommunen, Wohnungsunternehmen, Sanierungsträger, private Investoren oder die freie Wohlfahrtspflege. Projekte können bis zum 23. Januar 2017 eingereicht werden. Alle Informationen und die Auslobungsunterlagen finden Sie auf www.preis-soziale-stadt.de.

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2017 veröffentlicht

Die Kommission hat ihr Arbeitsprogramm für das nächste Jahr vorgestellt. Unter dem Motto „Für ein Europa, das schützt, stärkt und verteidigt“ sollen im nächsten Jahr die Schwerpunkte auf der wirtschaftlichen Erholung, der Perspektive von Jugendlichen, dem vernetzten Binnenmarkt, der Klimaschutzpolitik und dem Aufbau der Verteidigungsfähigkeiten liegen. Den Europäern soll die Sicherheit gegeben werden, „dass die öffentliche Hand auf kommunaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene gemeinsam den Erwartungen der heutigen und künftigen Generationen gerecht wird“. So finden sich Vorschläge zum europäischen Solidaritätskorps und zur Stärkung der Jugendgarantie. Neben der Umsetzung der Vorschläge aus dem Kreislaufwirtschaftspaket von 2015 plant die Kommission einen Gesetzgebungsvorschlag zur qualitativen Mindestanforderung für wiederverwendetes Wasser und eine Überarbeitung der Trinkwasser-Richtlinie. Auch hier zieht sich der rote Faden der Juncker-Kommission durch die Vorschläge, sich auf die wichtigen Dinge zu konzentrieren und vorhandenes Recht zu verbessern. Im Bereich der besseren Rechtsetzung (REFIT) findet sich unter anderen die Überarbeitung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung und Legislativen im Bereich der emissionsarmen Mobilität. Das Arbeitsprogramm ist abrufbar auf englisch unter <http://ec.europa.eu>.

Von EU ausgezeichnet: Innovative Maßnahmen der Stadtentwicklung

Die Kommission hat die erfolgreichen Projekte der ersten Runde der innovativen Maßnahmen der Stadtentwicklung benannt. Von insgesamt 378 Bewerbungen wurden 18 angenommen, darunter auch ein Projekt der Stadt München in der Kategorie „Integration von Migranten und Flüchtlingen“. Das Projekt „RefuMuc“ im Bereich Wohnungsbau hat München den Gewinn beschert. Das integrative und inklusive Wohnungsprojekt, das in München auch als „Wohnen für Alle“ bekannt ist, sieht den Bau von 3000 neuen Wohnungen vor, von denen die Hälfte jeweils von Bürgern und Flüchtlingen bewohnt werden sollen. Das Projekt wird von der Stadt München gemeinsam mit der IHK München und Oberbayern sowie dem Jobcenter München unter Beteiligung einer Reihe von zivilgesellschaftlichen Organisationen durchgeführt. Insgesamt erhält das Projekt EFRE-Mittel in Höhe von fast 4 Millionen Euro. Ein Überblick über alle 18 Gewinner des ersten Calls kann online eingesehen werden. Der zweite Aufruf soll sich erneut dem Thema Integration von Migranten und Flüchtlingen widmen sowie den Themen Kreislaufwirtschaft und städtische Mobilität. Weitere Informationen zu „RefuMuc“ unter www.muenchen.de.

Vergaberecht – Systematische Darstellung für Praxis und Ausbildung

Das Buch von Prof. Dr. Martin Burgi mit dem Titel „Vergaberecht – Systematische Darstellung für Praxis und Ausbildung“ gibt einen vollständigen Überblick über das Vergaberecht oberhalb der Schwellenwerte. Das Buch bietet eine systematisch prägnante Erschließung der komplexen Rechtsmaterie mit allen Hintergründen: eine Darstellung des Verhältnisses zu anderen Rechtsgebieten sowie Entwicklung und Stand der Rechtsprechung. In dem Buch sind die Erfahrungen aus 20 Jahren Vergaberecht eingeflossen. Einen guten Überblick und Einstieg in die Systematik der vergaberechtlichen Vorschriften für das EU-Recht und nationale Recht bietet das Kapitel „Grundlagen“. Im Hauptteil des Buches finden sich nähere Erläuterungen, beispielsweise zu den Anforderungen an die Leistungsbeschreibung, die Verfahren, die Bieterernennung und den Prozess der Angebotswertung. Daneben findet sich eine ausführliche Darstellung zum Rechtsschutz, wobei auch die Problematik der Rückforderung von Zuwendungen behandelt wird. Das Buch von Prof. Dr. Martin Burgi ist im C.H. Beck Verlag erschienen, ISBN 978-3-406-69589-6, und kostet 39,80 Euro.

Neuwahl



Landshut: Alexander Putz (FDP) wird neuer Oberbürgermeister der Stadt Landshut. Der langjährige Unternehmer tritt sein neues Amt am 1. Januar 2017 an. Der bisherige Oberbürgermeister Hans Rampf (CSU) steht seit dem Jahr 2005 an der Stadtspitze und trat aus Altersgründen nicht erneut zur Wahl an.

Geburtstage



Dr. Johannes Bruns, Oberbürgermeister der Stadt Mühlhausen, wird am 28. Dezember 50 Jahre alt. Der Sozialdemokrat lenkt seit 2012 die Geschicke der Stadt.



Knut Kreuch, Oberbürgermeister der Stadt Gotha, wird am 7. Dezember 50 Jahre alt. Der Sozialdemokrat wurde 2006 erstmals ins Amt gewählt.



Monika Kuban, langjährige Ständige Stellvertreterin des Hauptgeschäftsführers und Finanzdezernentin des Deutschen Städtetages feiert am 9. Dezember ihren 70. Geburtstag. Sie war seit 1999 für den Deutschen Städtetag tätig und trat im Jahr 2011 in den Ruhestand.



Die Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, **Henriette Reker** (parteilos), wird am 9. Dezember 60 Jahre alt. Sie ist seit 2015 Oberbürgermeisterin und hat in der Geschichte der Stadt Köln als erste Frau das Spitzenamt inne.



Der Oberbürgermeister der Stadt Weimar, **Stefan Wolf**, feiert am 6. Dezember seinen 55. Geburtstag. Der Sozialdemokrat steht seit 2006 an der Spitze der Stadt.

Todesfall

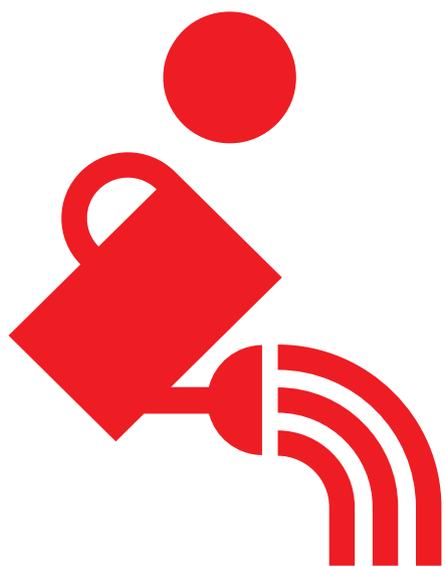


Am 22. Oktober ist der ehemalige Beigeordnete des Deutschen Städtetages, **Prof. Dr. Manfred Wienand**, verstorben. Er war ab 1999 als Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit im Deutschen Städtetag tätig und seit 2006 bis zu seinem Ruhestand 2012 Beigeordneter für Recht,

Verfassung und Gesundheit. Maßgeblich engagierte er sich zum Beispiel, um das Konnexitätsgebot in der Praxis durchzusetzen. Vor seiner Tätigkeit beim Städtetag war er zehn Jahre Geschäftsführer des Deutschen Vereins für öffentliche und private Vorsorge. Zuletzt war er als Professor an der Fakultät für Sozial- und Rechtswissenschaften der SRH Hochschule Heidelberg tätig.



Wachsen ist einfach.



Wenn man als Unternehmen einen Finanzpartner in der Region hat, der Ideen von Anfang an unterstützt.

Soziales

Arbeit für Flüchtlinge: Jobcenter spielen Schlüsselrolle bei Integration

Tag der kommunalen Jobcenter 2016
21. November 2016 in Berlin

Weitere Informationen unter www.benchlearning-sgb2.de

Bildung

Bildungspartnerschaften in der Kommune gestalten: Kulturelle Bildung mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen

Forum der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V.
in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden
5. Dezember 2016 in Hannover

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Verkehr

Stellplatzverordnung flexibler gestalten

Fachkonferenz des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit im Rahmen des Bündnisses
für bezahlbares Wohnen und Bauen
6. Dezember 2016 in Berlin

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Umwelt

Kommunale Klimakonferenz 2016: Schnittstellen erkennen – Synergien nutzen

Tagung des Bundesumweltministeriums und des Deutschen Instituts
für Urbanistik in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden
28. bis 29. November 2016 in Berlin

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, November 2016

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de, [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag)

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Daniela Schönwälder

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de